

«Als «Bürger» sind mir die Alpen wichtig»

Der Landtag befasst sich morgen mit einer VU-Interpellation zur Alpwirtschaft und einer VU-Interpellation zur Familienpolitik. Beide Vorstösse wurden vom Abgeordneten und Triesenberger VU-Vorsteherkandidaten **Christoph Beck** mitunterzeichnet. Im Interview erklärt er die Hintergründe.

GÜNTHER FRITZ

Herr Abgeordneter Beck, Sie haben die VU-Interpellation zur Alpwirtschaft mitunterzeichnet. Vor welchem Hintergrund interessieren Sie die Zusammensetzung der gesömmerten Grossvieheinheiten während des Alpsommers 2014 und die Entwicklung der Bestossungszahlen in den vergangenen fünf Jahren auf den 26 Alpen des Oberlandes?

Christoph Beck: Uns interessiert viel mehr die Zukunft unserer Alpen und die sieht zum Teil nicht so rosig aus. Einige Alpen werden bald nicht mehr mit genügend Galtvieh und Kühen bestossen, wenn nichts unternommen wird. Seit Jahren werden unsere Alpen zum Teil mit Schweizer Vieh bestossen. Dies wird sich aber ändern, da die Bauern in der Schweiz mit ansehnlichen Beträgen unterstützt werden, allerdings nur, wenn sie ihr Vieh in der Schweiz und

Es wird schon bald zu wenig Vieh auf unseren Alpen gesömmert.

nicht im Ausland sömmern. So wird es für die Schweizer Bauern nicht mehr interessant sein, ihr Vieh in Liechtenstein zu alpen. Hier gilt es Lösungen zu suchen. Eine Lücke, die schon entstanden wäre, füllten in den Liechtensteiner Alpen Kühe aus dem Unterland aus, da die eigenen Alpen in Vorarlberg nicht mehr bestossen werden konnten. Da dies nur vorübergehend ist – die Gefahren durch die Rindertuberkulose werden hoffentlich bald zurückgehen –, wird das Problem weiter verschärft werden. Es gilt auf jeden Fall, Lösungen zu suchen.

In der Interpellation weist Ihre Fraktion darauf hin, dass die Schweiz die Sömmern für ihre Bauern attraktiver und finanziell lukrativer ausgestaltet. Worauf wollen Sie diesbezüglich hinaus?

Christoph Beck: Damit wollen wir auf nichts hinaus, das ist ein Fakt. Dieser Fakt wird allerdings vermutlich in Zukunft dazu führen, dass immer weniger und schon bald zu wenig Vieh auf unseren Alpen gesömmert wird. Alpen ohne Sömmernsvieh werden uns vor grosse Herausforderungen und Probleme stellen. Es liegt an uns, dass wir Lösungen finden, wenn uns unsere Alpen wirklich wichtig sind.

Weshalb sollten die liechtensteinischen Bauern animiert werden, mehr Vieh auf die Alpen zu schicken?

Christoph Beck: Wenn die Meinung vorhanden ist, dass die Alpen in ihrer jetzigen Form bewirtschaftet und gepflegt werden sollen, wird es wichtig sein, dass vermehrt wieder Liechtensteiner Vieh auf die Alpen gebracht wird. Herrscht die Meinung vor, dass wir nicht so viele Alpen benötigen, kann sich die Bestossung auch auf weniger Alpen konzen-



Bild: Daniel Ospelt

Der Landtagsabgeordnete und Triesenberger VU-Vorsteherkandidat Christoph Beck: «Mir als «Bürger» sind die Alpen wichtig. Es geht aber darum, wie viel sie uns allen wert sind und was wir bereit sind, dafür zu tun.»

trieren. Die Konsequenz wird sein, dass diese nicht mehr benötigten Alpen zu wachsen oder nur mit einem sehr grossen Aufwand offen gehalten werden können. Inwieweit andere Tierarten oder Bestossungsmöglichkeiten den Ausfall des Galtviehs und der Milchkühe kompensieren können, ist fraglich. In der Beantwortung der Interpellation erhoffe ich mir aber auch hierzu interessante Antworten und Ansätze. Klar ist, dass die Alpen nur mit einer Mindestanzahl an Tieren betrieben werden können. Künstlich Alpfächen offen zu halten, würde schwierig und sehr teuer werden.

Worin sehen Sie die Voraussetzungen, die es künftig ermöglichen sollen, dass auf liechtensteinischen Alpen Milchprodukte unter einem eigenständigen Bio-Label produziert werden können?

Christoph Beck: Es wäre sicher ein Mehrwert, wenn Alpenprodukte gemeinsam vermarktet werden könnten. Um dies zu erreichen, müssen aber die Alpnutzer vermehrt zusammenarbeiten.

Worin liegt die Bedeutung der heimischen Alpwirtschaft aus

der Sicht des Triesenberger VU-Vorsteherkandidaten?

Christoph Beck: Die Alpen gehören zu unserer Kultur und unserer Geschichte. Sie sind Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft und eine bedeutende Kulturlandschaft in unserem Land. Wird auf den Alpen nicht mehr genügend Vieh gesömmert, so werden Alpweiden verganden, verbuschen und verwalden. Vielfältige Kulturlandschaft, landwirtschaftliche Nutzfläche, Arten- und Biovielfalt, der Erholungsraum für die einheimische

Künstlich Alpfächen offen zu halten, würde sehr teuer werden.

Bevölkerung und den Tourismus werden zu einem grossen Teil verloren gehen. Aus wirtschaftlicher Sicht bedeutet ein Einwachsen von Alpweiden, dass eine Alp letztlich nur noch eine Grösse hat, die keinen wirtschaftlichen Betrieb mehr ermöglicht. Mir als «Bürger» sind die Alpen wichtig. Es geht aber darum, wie viel sie uns allen wert sind und was wir bereit sind, dafür zu tun.

Was ist letztlich die Zielsetzung der von Ihnen mitunterzeichneten Interpellation zur Alpwirtschaft?

Christoph Beck: Uns geht es darum, auf das Problem aufmerksam zu machen, damit Lösungen gesucht werden, bevor es zu spät ist. Die Weichen müssen bald gestellt werden. Wir wollen keine kurzfristigen, teuren Aktionen, sondern eine klare Strategie mit nachhaltigen Massnahmen für die Zukunft.

An der kommenden Landtagssitzung wird auch eine VU-Interpellation zur Familienpolitik an die Regierung überwiesen, welche Sie ebenfalls mitunterzeichnet haben. Darin erkundigen Sie sich nach statistischem Material über die unterschiedlichen Familienmodelle. Was bezwecken Sie damit?

Christoph Beck: Es geht grundsätzlich darum zu erfahren, wie die verschiedenen Familienmodelle gefördert werden. Nur wenn verlässliche Zahlen vorliegen, kann auch seriös über die Ausrichtung der zukünftigen Familienpolitik diskutiert werden.

Inwieweit sollen nach Ihrer Meinung Elternteile, die sich ausschliesslich der Erziehungs- und

Familienarbeit widmen, finanziell unterstützt werden?

Christoph Beck: Was dies in Franken bedeutet, kann ich so nicht sagen. Mir ist aber wichtig, dass Familien, die sich dazu entscheiden, dass ein Elternteil zu Hause bleibt, ebenso gefördert werden wie diejenigen, bei denen beide

Wir brauchen eine klare Strategie mit nachhaltigen Massnahmen.

berufstätig sind. Ich glaube, beide leisten einen wertvollen Beitrag an unsere Gesellschaft. Es gibt sicher vielfältige Lösungsansätze für eine Gleichstellung, so könnten Familienfrauen und -männer bei der AHV, der Krankenkasse oder beispielsweise bei der Pensionskasse unterstützt werden.

Weshalb sollten die 20 Wochen Mutterschaftsurlaub flexibel beziehbar sein?

Christoph Beck: Ob das möglich und sinnvoll ist, wird aus der Beantwortung der Interpellation ersichtlich werden. Es könnte für die Wirtschaft und die Familien durchaus von Vorteil sein, wenn die 20 Wochen individuell aufge-

teilt werden könnten. Die gelebten Familienmodelle sind heute so vielfältig, dass verschiedene Möglichkeiten gefragt sind.

Wie beurteilen Sie die durch die Sparmassnahmen des Staates entstandenen Zusatzbelastungen von Familien mit Kindern?

Christoph Beck: Das müssen Sie die Leute selbst fragen, ich bekomme bei vielen Gesprächen mit, dass es zu viel wird. Die Summe aller Teilbeträge macht es aus. Die Motorfahrzeugsteuer wurde erhöht, Busabos werden teurer, Krankenkassenprämien steigen etc. Den Betroffenen

Den Familien müssen wir ein besonderes Augenmerk schenken.

nützt es herzlich wenig, wenn argumentiert wird, dass wir im Vergleich zu anderen immer noch günstig davonkommen. Wenn's knapp ist Ende Monat und noch knapper wird, kommt es zu grossen Belastungen für die Familien, und diese wirken sich auch negativ auf das «Klima» in der Familie aus.

Was erwarten Sie sich von der Interpellationsbeantwortung durch die Regierung?

Christoph Beck: Wir erwarten uns eine saubere Darstellung der Ist-Situation. Sowie natürlich fundierte Antworten auf die gestellten Fragen. Die Familien sind der Kern unserer Gesellschaft, ihnen müssen wir ein besonderes Augenmerk schenken.

Auf was legen Sie als Landtagsabgeordneter bei den Spartibungen des Landes ein besonderes Augenmerk?

Christoph Beck: Die Sparbemühungen müssen ausgeglichen sein und alle müssen ihren Teil dazu beitragen. Auch wenn's manche vielleicht nicht mehr hören können. Ich verstehe nicht, dass zum Beispiel die Universität vorgab, keinen Rappen sparen zu können, und wegen der vorgeschlagenen 3,8 Prozent weniger Staatsgelder ihre Existenz infrage gestellt hatte. Sollten die Studierenden aber nicht genau an der Uni lernen, dass es in der Wirtschaft immer möglich sein muss, einen Sparbeitrag zu leisten? Dass bei der Kürzung des OKP-Beitrags wieder vor allem auf Kosten der Mittelschicht gespart wurde, liegt auf der Hand. Diese 9 Millionen Franken staatliche Einsparung machen allein 23 Franken des Anstiegs der Prämien für nächstes Jahr aus. Es ist klar, dass Subventionen hinterfragt und zurückgefahren werden müssen. Die angekündigte KVG-Revision hätte aber zumindest abgewartet werden können. Zukünftige mögliche Erträge wollten die Mehrheit der Parlamentarier nicht unterstützen: Stichwort Mindestertragssteuer. Diese Einnahmen hätten auch zur Entlastung der Mittelschicht beitragen können.